



Bürgermeisteramt Plankstadt
Sitzungsvorlage

Datum: 24.11.2014

Gremium: Gemeinderat
Sitzung am 15.12.2014

TOP-Nr.: 1
öffentlich

Sachbearbeiter/in: Michael Thate, Tel. 06202/2006-12, E-Mail: michael.thate@plankstadt.de

Ehrung zur 25-jährigen Ratszugehörigkeit von Gemeinderat Ulf-Udo Hohl

Sachverhalt:

Herr Gemeinderat Ulf-Udo Hohl zog nach der Wahl am 22.10.1989 am 04.12.1989 für die GLP in den Gemeinderat ein. Seither wurde er für die GLP-Fraktion insgesamt 4 Mal wieder in den Gemeinderat gewählt. Im April 2014 verließ Gemeinderat Hohl die GLP und gründete die ALP, für die er am 25.05.2014 in den Gemeinderat gewählt wurde.

Aufgrund seiner nun 25 Jahre währenden Gemeinderatszugehörigkeit erhält Gemeinderat Hohl die Ehrennadel des Gemeindetages in Silber.

Beschlussvorschlag:

Entfällt.

Bürgermeisteramt Plankstadt
Sitzungsvorlage

Datum: 03.12.2014

Gremium: Gemeinderat
Sitzung am 15.12.2014

TOP-Nr.: 3
öffentlich

Sachbearbeiter/in: Norbert Klebert, Tel. 06202/2006-21, E-Mail: norbert.klebert@plankstadt.de

Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen nach § 78 Abs. 4 GemO

Sachverhalt:

Die Gemeinde Plankstadt erhielt am 26.11.2014 eine Spende von 2.500,00 Euro von der Weldebräu GmbH & Co.KG, Plankstadt für die Notgemeinschaft. Weiterhin in der Anlage beigefügt ist die jährlich vorzulegende Kleinbetragsliste bis 100,00 Euro im Einzelfall über insgesamt 405,53 Euro.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme der Spenden unter den Anlagen 1 und 2 zu.

Anlagen:

2 Formblätter

Sachbearbeiter/in: Franz Boxheimer, Tel. 06202/2006-60, E-Mail: franz.boxheimer@plankstadt.de

Kindertagesstätte Pestalozziweg
- **Vergabe der Landschaftsbauarbeiten zur Herstellung der Außenanlage**

Sachverhalt:

Nach Abstimmung der Planung mit der Verwaltung, dem Architekturbüro und dem künftigen Betreiber Postillion wurde die Herstellung der Außenanlagen bei der Kindertagesstätte Pestalozziweg öffentlich ausgeschrieben.

Das Leistungsverzeichnis wurde von 6 Firmen angefordert. Zum Submissionstermin am 28. November lagen drei Angebote vor. Nach Prüfung und Wertung der Angebote durch das Ing.-Büro Stadt und Natur ist Fa. Wissmann aus Ludwigshafen mit einer Angebotssumme in Höhe von 138.319,19 € der Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot. Die Angebotssummen der anderen Bieter können der Niederschrift über den Eröffnungstermin entnommen werden.

Fa. Wissmann ist dem Planungsbüro Stadt und Natur aus verschiedenen anderen Projekten als leistungsfähig und zuverlässig bekannt. Gemäß dem Vergabevorschlag des Planungsbüros sollte der Auftrag an Fa. Wissmann vergeben werden.

In der Kostenberechnung des Architekturbüros Roth-Fischer wurden für die Außenanlagen insgesamt 150.000 € veranschlagt. Zur Herstellung des Parkplatzes und des Zugangs wurde bereits der Auftrag in Höhe von ca. 21.000 € erteilt.

Schlussgerechnet wurden bisher die Rohbauarbeiten und die Dachdeckerarbeiten, die gegenüber der Kostenberechnung zu Einsparungen in Höhe von insgesamt ca. 130.000 € geführt haben.

Im Hinblick auf diese Einsparungen schlägt die Verwaltung eine Vergabe der Landschaftsbauarbeiten ohne Reduzierung des Leistungsumfangs vor.

Finanzmittel sind im Haushaltsplan bereitgestellt.

Das Angebotsblankett, die Niederschrift über den Eröffnungstermin sowie der Vergabevorschlag liegen im Beratungszimmer auf.

Frau Berger vom Planungsbüro Stadt und Natur wird in der Sitzung anwesend sein und zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehen.

Beschlussvorschlag:

Der Auftrag über die Landschaftsbauarbeiten beim Neubau der KiTa im Pestalozziweg wird auf der Grundlage des vorliegenden Angebots über 138.319,19 € an Fa. Wissmann aus Ludwigshafen vergeben.

Sachbearbeiter/in: Hans-Peter Kroihner, Tel. 06202/2006-20, E-Mail: hanspeter.kroiher@plankstadt.de

Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 sowie des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2015; Beratung u. Beschlussfassung über Haushaltsanträge für das Jahr 2015

Sachverhalt:

1.) Beratung und Beschlussfassung über Haushaltsanträge für das Jahr 2015:

Der Haushaltsanträge wurden in der Sitzung des Ausschusses für Verwaltung, Kultur, Sport und Soziales am 17.11.2014 erörtert.

Haushaltsanträge der Fraktion der Plankstadter Liste:

Antrag 1 der Plankstadter Liste (vgl. Anlage 1):

Die Plankstadter Liste beantragt die Einrichtung einer Ortsbuslinie als Zubringer zur Linie 713.

Stellungnahme der Verwaltung:

Eine Begrenzung der Laufzeit auf 2 Jahre würde zu teuer kommen. Es müsste eine Laufzeit eher bis 2020 vorgesehen werden, da eigens für die Gemeinde ein Bus angeschafft werden müsste. Die tatsächlich an den VRN zu zahlenden Ausgaben würden sich auf ca. 180 T€ pro Jahr belaufen. Es ist von einer Bezuschussung durch den Kreis von 35 % auszugehen.

Aufgrund neuer Erkenntnisse, die der Bürgermeister in der Ausschusssitzung bekanntgab, hat sich dieser Antrag möglicherweise erledigt. Am 13.11.2014 wurde dem Bürgermeister mitgeteilt, dass der Bürgerbus jetzt umgesetzt werden soll mit einer Anbindung des Gewerbegebietes sowie einem ausweiteten Fahrplan, der die Morgen- und Abendstunden einschließt sowie von Montag bis Freitag gelten soll. Als Folge der Beratungen im Ausschuss wurden die Mittel (Einnahmen und Ausgaben) für die Stadtbuslinie komplett gestrichen. Für die „Anschubfinanzierung“ des Bürgerbusses wurden für 2015 20T€ (2016-2018: je 25 T€) eingestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 2 der Plankstadter Liste (vgl. Anlage 1): [vgl. Antr(eg)e 3 der PlaLi und 3 bzw. 6 der GLP]

Die Plankstadter Liste beantragt eine Sanierung und verbesserte Ausstattung der Spielplätze beim Tennisplatz sowie „Hinter den Dorfgärten“, da diese Plätze gegenüber den anderen Spielplätzen in der Gemeinde vernachlässigt erscheinen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Im eingebrachten Haushaltsplanentwurf der Verwaltung waren für die Unterhaltung der Grünanlagen 50.000 € und für die Unterhaltung von Spielplätzen 30.000 € eingestellt. Im Jahr 2013 wurden hierfür 57 T€ verausgabt; es standen noch weitere Mittel zur Verfügung. Die Kosten für einen zusätzlichen Bauhofmitarbeiter belaufen sich auf ca. 60 T€; die Aufwendungen für eine zusätzliche Kraft in

der Hauptverwaltung belaufen sich auf ca. 70 T€. Aufgrund der Beratungen im Ausschuss wurden die Mittel für die Unterhaltung der Grünanlagen auf 60 T€ und die Mittel für die Unterhaltung der Spielplätze auf 50 T€ erhöht. Für den Bauhof sollen keine weiteren Einstellungen erfolgen. Hingegen sollen zusätzliche Pflegearbeiten an Dritte vergeben werden.

Beschlussvorschlag:

Das Problem soll durch Ersatzbeschaffungen und (auch kurzfristige bedarfsorientierte) Vergabe von Pflegearbeiten („Saisongeschäft“) behoben werden. Aufgrund der Beratung im Ausschuss wurden die Mittel für die Unterhaltung der Grünanlagen und die Unterhaltung der Spielplätze gegenüber dem eingebrachten Haushaltsplanentwurf der Verwaltung erhöht.

Antrag 3 der Plankstadter Liste (vgl. Anlage 1): [vgl. Antrag 2]

Die Plankstadter Liste beantragt die Einstellung zusätzlicher Bauhofmitarbeiter im gärtnerischen Bereich sowie eine Aufstockung des Personals im Bereich der Hauptverwaltung.

Stellungnahme der Verwaltung:

Bzgl. der Einstellung von zusätzlichen Bauhofmitarbeitern wird auf die Stellungnahme zu Antrag 2 verwiesen. Für die Einstellung eines/einer weiteren Beschäftigten im gehobenen Dienst im Hauptamt war im Ausschuss eine Mehrheit zu erkennen, im Hinblick auf das Ausscheiden einer/s Mitarbeiters/in im Hauptamt im Jahr 2016. Damit wäre es möglich im Spätjahr eine/n qualifizierten Absolventen/in der FH Kehl oder Ludwigsburg einstellen und eine gute Einarbeitung vornehmen zu können.

Beschlussvorschlag:

Es wird eine zusätzlichen Stelle in EG9 für die Einstellung eines/einer Beschäftigten im Hauptamt im Stellenplan aufgenommen.

Antrag 4 der Plankstadter Liste (vgl. Anlage 1):

Die Plankstadter Liste beantragt die Bereitstellung eines Grundbetrags von 5.000 € für alle am Ferienprogramm teilnehmenden Vereine. Jeder teilnehmende Verein bekommt 150 € und für jedes teilnehmende (nicht für jedes angemeldete) Kind 2 €.

Stellungnahme der Verwaltung:

In den Haushaltsplan 2015ff werden 5T € statt 3 T€ eingestellt.

Beschlussvorschlag:

Dem Antrag wird zugestimmt. Die Verwaltung wird gemeinsam mit den Vereinen eine Regelung finden, die der Intention des Antrags entspricht.

Haushaltsanträge der Fraktion der SPD:

Antrag 1 der SPD (vgl. Anlage 2):

Der Gemeinderat möge beschließen, den Zuschuss der Gemeinde für die Krippenbetreuung (sowohl bei Postillion als auch bei den Kirchen) um 100 Euro pro Kind und Monat zu erhöhen. Die 100 Euro sollen auch für Geschwisterkinder im vollen Umfang gewährt werden – gleichzeitig sollen die aktuell gültigen Beitragsrabatte für diese Nutzergruppe erhalten bleiben. (lt. Antrag Mehrausgaben von 72.000 € pro Jahr)

Stellungnahme der Verwaltung:

Ab dem 1.1.2015 ist mit 70 statt 60 Kindern zu rechnen. Müsste das Provisorium noch beibehalten werden, dann würde diese Zahl auf 80 steigen; entsprechend würden sich die Kosten für die Gemeinde erhöhen. Ein Finanzierungsvorschlag, wie die Mehrkosten gedeckt werden sollen, wurde nicht unterbreitet. Jährlich müssten 96 T€ bis 168 T€ zusätzlich aufgewendet werden. Gemäß der in der November-Sitzung des Gemeinderats vorgelegten Bedarfsplanung ist davon auszugehen, dass evtl. bald weitere Plätze geschaffen werden müssen. Man sollte aus Sicht der Verwaltung einem weiteren Aus-

bau der Betreuungsplätze Vorrang vor einer zusätzlichen Bezuschussung einräumen; zumal einkommensschwache Familien eine Unterstützung beim Landratsamt des Rhein-Neckar-Kreises beantragen können. Seitens des Gremiums wurde der Ablehnung dieses Antrags in dieser Form und zum jetzigen Zeitpunkt nicht widersprochen. Es sollen hierfür keine Mittel bereitgestellt werden.

Im Ausschuss sollen jedoch nochmals das badische und württembergische Modell gegenübergestellt werden. Bereits im letzten Jahr wurde mit der Geschwisterkinderermäßigung eine soziale Komponente eingeführt. Weitere Ermäßigungen müssten gegenfinanziert werden. Würde man den Hebesatz der Grundsteuer B um 10 % erhöhen, erhielte man ca. 100 T€; um den Haushaltsantrag zu finanzieren, müsste man in ein den kommenden Jahren vorauss. den Hebesatz von 350 % auf 420 % [Anpassung um 20 %] erhöhen, um zusätzliche Einnahmen zur Finanzierung der Mehrausgaben von ca. 200 T€ zu erhalten.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird abgelehnt; Verweis zur weiteren Beratung (s. o.) in den Ausschuss VKSS.

Haushaltsanträge der Fraktion der GLP:

Antrag 1 der GLP (vgl. Anlage 3):

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufstellung eines Bauschuttcontainers zur Vermeidung von illegalen Ablagerungen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Für die Abfallentsorgung ist der Kreis und nicht die Gemeinde zuständig. Hierfür gibt es eigens spezialisierte Bauschuttdeponien. Wilder Müll wird auf Kosten des Kreises entsorgt. Die Gemeinde würde außerdem eine Genehmigung zur Abfallannahme auf dem Häckselplatz benötigen. Außerdem verfügt die Gemeinde nicht über ausreichende Gerätschaften und geschultes Personal, um die unterschiedlichen Grade von evtl. belasteten Materialien zu erkennen.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 2 der GLP (vgl. Anlage 3):

Der Gemeinderat möge beschließen: Neue Web-Präsentation der Bibliothek.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Antrag wird von der Bücherei befürwortet. Für die Umsetzung wurden für die Installation des neuen Moduls einmalig 2.000 € und für die Schulung einmalig 500 € zusätzlich in den Haushalt 2015 eingestellt.

Beschlussvorschlag:

Dem Antrag wird zugestimmt.

Antrag 3 der GLP (vgl. Anlage 3)[vgl. Antrag 2 der PlLi]:

Der Gemeinderat möge beschließen: Einstellung eines Mitarbeiters Bauhof/Gärtnertrupp.

Stellungnahme der Verwaltung:

vgl. Antrag 2 und 3 der Plankstadter Liste.

Beschlussvorschlag:

Vgl. Antrag 2 der Plankstadter Liste

Antrag 4 der GLP (vgl. Anlage 3):

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufstellen von Hinweisschildern zur Schulwegsicherung.

Stellungnahme der Verwaltung:

Sollten neue Schilder angebracht werden, müssten ggf. die bestehenden Hinweisschilder entfernt werden, da man ansonsten einen „Schilderwald“ erzeugen würde. Bei der entsprechenden Fipo sind ausreichend Mittel vorhanden.

Beschlussvorschlag:

Es werden keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt. Vor Ort soll geprüft werden, ob zusätzliche Hinweisschilder sinnvoll sind.

Antrag 5 der GLP (vgl. Anlage 3):

Der Gemeinderat möge beschließen:

- a) Neue Buswartehäuschen und Pflege der Bestehenden (Kosten: 10.000 € lt. Antrag)
- b) Haltestelle „Altenheim“ durch neue (gläserne) Wartehäuschen ersetzen (Kosten: 12.000 € lt. Antrag).

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Bauamt wird die Anregungen prüfen und evtl. Anlagen streichen, Sitzbänke austauschen, etc. Beim CAZ soll erst nach der Errichtung der vorgesehenen Bebauung ein neues Wartehäuschen errichtet werden.

Beschlussvorschlag:

Das Bauamt wird nach Prüfung entsprechende Pflegemaßnahmen veranlassen. Aufgrund der Beratungen im Ausschuss wurden die Mittel für die Straßenunterhaltung um 20T€ erhöht.

Antrag 6 der GLP (vgl. Anlage 3) [vgl. Antrag 2 der PlaLi]:

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Zum Bau einer Kletteranlage auf dem bestehenden Boulefeld (Bruchhäuser Weg Ost –Kreisel nach Eppelheim – vgl. Anlage) incl. Kleiner Hütte mit Slopline werden die Investitionsmittel um 33 T€ erhöht.
2. Das bestehende Basketballfeld wird mit gelenkschonendem Boden versehen (zwischen Gasseläcker und Bruchhäuser Weg Ost – Kreisel nach Eppelheim). Erhöhung Investitionsmittel: 4 T€
3. Zur Instandhaltung, Überwachung und Pflege aller Plankstadter Spielplätze und Freizeitanlagen inkl. Grünfläche sind in den Folgejahren jährlich keine weiteren Mittel einzuplanen.

Stellungnahme der Verwaltung:

vgl. Antrag 2 und 3 der Plankstadter Liste

Laut den Beratungen im Ausschuss sollen für die erstmalig Anschaffung bzw. die Erweiterung von Spielgeräten keine zusätzlichen Mittel eingestellt werden. Im Gebiet Bruchhäuser Weg sind sehr schöne und attraktive Spielplätze angelegt. Zusätzliche Maßnahmen sollten hier zurückgestellt werden, bis andere Spielplätze im Ort ebenfalls auf einem vergleichbaren Niveau sind.

Beschlussvorschlag:

Vgl. Antrag 2 der Plankstadter Liste; für die erstmalige Anschaffung bzw. Erweiterung von Spielgeräten werden keine zusätzlichen Mittel eingestellt.

Haushaltsanträge der Alternative Liste Plankstadt:

Antrag 1 der Alternative Liste Plankstadt (vgl. Anlage 4):

Die Bausubstanz im Ortsinnern soll durch finanzielle Bezuschussung aufgewertet werden. (Kosten lt. Antrag 1.500.000 €)

Stellungnahme der Verwaltung:

Ein Finanzierungsvorschlag wurde nicht unterbreitet. Die vom Gemeinderat einstimmig beschlossenen Richtlinien sehen grundsätzlich keine finanzielle Bezuschussung von Privatmaßnahmen vor. Für gemeindeeigene Maßnahmen sind 500 T€ eingestellt. Aufgrund der Beratungen im Ausschuss wurden keine weiteren Mittel eingestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 2 der Alternative Liste Plankstadt (vgl. Anlage 4):

Erstellen eines aktuellen Umweltberichts (Kosten lt. Antrag: 10.000 €)

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Umweltberichte wurden früher vom Umweltberater selbst erstellt. Durch die Kliba erhält die Gemeinde umfangreiche Auswertungen. Aufgrund der Beratungen im Ausschuss wurden keine (weiteren Mittel) eingestellt, zumal für einen aussagekräftigen Umweltbericht eher 30.000 bis 40.000 Euro einzuplanen wären.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 3 der Alternative Liste Plankstadt (vgl. Anlage 4):

Förderung der Bildung durch Bücher (Kosten lt. Antrag 10.000 €)

Stellungnahme der Verwaltung:

Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren können bereits heute kostenfrei Medien ausleihen. Die regelmäßigen veröffentlichten Ausleiheberichte zeigen eine hohe Akzeptanz der Bücherei in der Bevölkerung. Das Angebot der Bücherei wird regelmäßig optimiert und ausgeweitet (Onleihe, Web-Präsentation[vgl. Antrag 2 der GLP]). Bei der Finanzposition 1.3520.580000 Medien sind hierfür jedes Jahr 18.000 € (Rechnungsergebnis 2013: 15,4 T€) vorgesehen.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 4 der Alternative Liste Plankstadt (vgl. Anlage 4):

Mitwirkungsmöglichkeiten des Gemeinderats im Mitteilungsblatt; u. a. soll der Antrageteil wieder wiedergegeben werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Hierbei handelt es sich um keinen Haushaltsantrag, da keine Mittel notwendig sind. Die Richtlinien für Veröffentlichungen im Mitteilungsblatt wurden bereits mehrfach erörtert.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 5 der Alternative Liste Plankstadt (vgl. Anlage 4):

Bei der Einmündung des feldwegartigen Zugangs zum Baum- und Pflanzenlehrpfad kommt es gelegentlich zu gefährlichen Situationen zwischen Verkehrsteilnehmern, besonders auswärtigen Verkehrsteilnehmern, vgl. Foto. Es wird beantragt, die Situation durch ein Verkehrsschild oder Hinweisschild zu entschärfen. (Kosten lt. Antrag 200 €)

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Haushalt stehen ausreichend Mittel hierfür zur Verfügung; laut dem Ordnungsamt wäre es eine praktikable Lösung, auf dem linken Weg der „Zufahrt/Ausfahrt“ das Zeichen 205 der Straßenverkehrsordnung - Anlage 1 („Vorfahrt gewähren“) anzubringen. Auch hier handelt es sich um keinen eigentlichen Haushaltsantrag.

Beschlussvorschlag:

Es werden keine zusätzlichen Mittel eingestellt. Vor Ort soll geprüft werden, ob zusätzliche Hinweisschilder sinnvoll sind.

2.) Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 sowie des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2015:

Der Haushaltsplan und Wirtschaftsplan wurden in der Sitzung des Ausschusses für Verwaltung, Kultur, Sport und Soziales am 17.11.2014 intensiv vorberaten.

Der Beschluss über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 sowie der Beschluss des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2015 sind auf den Seiten 5 und 261 in der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2015 mit Wirtschaftsplan der Gemeindewasserversorgung Plankstadt für das Jahr 2015 enthalten und dieser Vorlage nochmals zusätzlich als Anlage beigefügt.

Beschlussvorschlag:

- zu 1.) Die Beschlussvorschläge zu den Haushaltsanträgen befinden sich direkt im Anschluss an die Haushaltsanträge (s. o.).
- zu 2.) Der Gemeinderat stimmt den im Jahr 2015 eingestellten außerordentlichen Tilgungen im Haushaltsplan und im Wirtschaftsplan der Gemeindewasserversorgung zu.
- zu 2.) Der Gemeinderat beschließt die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 und den Wirtschaftsplan der Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2015 wie vorgelegt.

Anlagen:

- Haushaltsanträge der Fraktion der Plankstadter Liste (Anlage1)
- Haushaltsantrag der Fraktion der SPD (Anlage 2)
- Haushaltsanträge der Fraktion der GLP (Anlage 3)
- Haushaltsanträge der Alternativen Liste Plankstadt (Anlage 4)
- Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2015 mit Wirtschaftsplan der Gemeindewasserversorgung Plankstadt für das Jahr 2015 (Anlage)
- Haushaltssatzung 2015 (Anlage)
- Wirtschaftsplan 2015 (Anlage)

Bürgermeisteramt Plankstadt
Sitzungsvorlage

Datum: 04.12.2014

Gremium: Gemeinderat
Sitzung am 15.12.2014

TOP-Nr.: 6
öffentlich

Sachbearbeiter/in: Hans-Peter Kroihner, Tel. 06202/2006-20, E-Mail: hanspeter.kroiher@plankstadt.de

Zustimmung des Gemeinderats zu außerplanmäßigen/überplanmäßigen Ausgaben im Jahr 2014

Sachverhalt:

Im Haushalt 2014 wurden bei der Finanzposition **1.2210.713000** Zuweisung an den Zweckverband 64.000 € eingestellt. Aufgrund einer Nachforderung i. H. v. 22.000 € für Brandschutzmaßnahmen in der Schimper-Realschule entstanden **Mehrkosten von 10.685,15 €**.

Bei der Finanzposition **2.6310.950000.035** Planung Kreisel West sind außerplanmäßige Planungskosten von **7.423,47 €** angefallen. Die Planungskosten können, entgegen ursprünglicher Annahmen, nicht aus den vorhandenen Mitteln im Verwaltungshaushalt beglichen werden, da aus haushaltsrechtlichen Gründen die Gesamtmaßnahme aufgrund des Finanzvolumens aus dem Vermögenshaushalt zu finanzieren ist.

Im Haushalt 2014 wurden bei der Finanzposition **1.6700.573000** Stromkosten Straßenbeleuchtung 110.000 € (Ansatz 2013: 135.000 €) eingestellt. Das Rechnungsergebnis belief sich 2012 bei der Straßenbeleuchtung auf 90.004 €. In diesem Jahr fielen 116.089,64 € (**Mehrausgaben 6.089,64 €**) an.

Diese gesamten Mehrausgaben können durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer gedeckt werden. Derzeit belaufen sich die Gewerbesteuereinnahmen auf 1.169.506,04 € bei einem Ansatz von 625.000 €.

Sollten seitens des Gemeinderats weitere Informationen zu den Mehrausgaben gewünscht werden, teilen Sie dies bitte der Verwaltung mit, damit diese dann spätestens am Sitzungstag nachgereicht werden können.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat stimmt den Mehrausgaben (insgesamt 24.198,26 €) bei den Finanzpositionen 1.2210.713000 [10.685,15 €], 2.6310.950000.035 [7.423,47 €] und 1.6700.573000 [6.089,64 €] zu. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei der Finanzposition 1.9000.003000 Gewerbesteuer.

Sachbearbeiter/in: Franz Boxheimer, Tel. 06202/2006-60, E-Mail: franz.boxheimer@plankstadt.de

Kanalsanierung 2. Bauabschnitt
- Auftragsvergabe

Sachverhalt:

Nachdem der Gemeinderat in der Septembersitzung die Vergabe der Ingenieurleistungen an die Ingenieurgesellschaft Pöyry Deutschland in Mannheim beschlossen hatte, wurde im Hinblick auf die in diesem Jahr zur Verfügung stehenden Finanzmittel ein weiterer Bauabschnitt der Kanalsanierung in geschlossener Bauweise ausgeschrieben. Saniert werden sollen Haltungen in der Grenzhöfer Straße, Hebelstraße und Goethestraße sowie im Bruchhäuser Weg.

Zum Eröffnungstermin am 21.11.2014 lagen 5 Angebote vor. Diese wurden von Pöyry Deutschland geprüft. Nach Prüfung und Wertung der Angebote ist Fa. Jeschke Umwelttechnik GmbH aus Stutensee mit einer Angebotssumme von insgesamt 113.854,92 € der Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot. Die Angebotssummen der sonstigen Bieter können der Niederschrift über den Eröffnungstermin entnommen werden.

Die Ingenieurgesellschaft Pöyry hat mit Firma Jeschke schon mehrere Projekte abgewickelt und hat deren Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit bestätigt. Auf den Vergabevorschlag vom 24.11.2014 wird verwiesen. Die erforderlichen Qualifikationsnachweise liegen vor. Aus Sicht der Verwaltung steht einer Auftragserteilung somit nichts im Wege.

Finanzmittel sind im Haushaltsplan bereitgestellt.

Im Beratungszimmer sind das Angebotsblankett, die Niederschrift über den Eröffnungstermin sowie der Vergabevorschlag aufgelegt.

Beschlussvorschlag:

Der Auftrag über die Bauleistungen zum 2. Abschnitt der Kanalsanierung wird an Fa. Jeschke Umwelttechnik GmbH aus Stutensee auf der Grundlage des vorliegenden Angebots in Höhe von 113.854,92 € erteilt.

Sachbearbeiter/in: Franz Boxheimer, Tel. 06202/2006-60, E-Mail: franz.boxheimer@plankstadt.de

Bauvoranfrage zum Umbau eines bestehenden Wohnhauses, zur Errichtung eines Anbaus und zur Änderung der Dachform auf dem Grundstück Flst.Nr. 3549, Lessingstr. 9

Sachverhalt:

In Abstimmung mit dem Grundstückseigentümer soll im Rahmen einer Bauvoranfrage geklärt werden, ob der Umbau des vorhandenen Zweifamilien-Wohnhauses zu einem Einfamilien-Wohnhaus mit Flachdach sowie die Erweiterung durch einen 2-geschossigen Anbau mit einer Ausdehnung von ca. 6m x 7m genehmigungsfähig ist.

Das 1.611 m² große Grundstück liegt innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile ohne Bebauungsplan. Daher ist das Vorhaben nach seinem Einfügen in die Umgebungsbebauung zu beurteilen. Das Einvernehmen gemäß § 34 Baugesetzbuch (BauGB) muss erteilt werden, wenn sich ein Vorhaben nach Art und Maß der baulichen Nutzung, nach der Bauweise und der überbauten Grundstücksfläche in die nähere Umgebung einfügt.

Die geplante Wohnnutzung und die Bauweise sind gebietstypisch und das Maß der baulichen Nutzung (flächenmäßige Ausdehnung, Anzahl der Geschosse) ist bezogen auf das sehr große Grundstück im Vergleich zu den benachbarten, bebauten Grundstücken eher zurückhaltend.

Die Änderung der Dachform ist aus Sicht der Verwaltung städtebaulich vertretbar und in benachbarten Quartieren bereits vorhanden. In der Ringstraße, Berliner Straße, Bismarckstraße und Josef-Fleuchaus-Straße bilden bereits seit vielen Jahren freistehende Wohnhäuser mit Flachdach neben Wohnhäusern mit Sattel- oder Pultdächern eine qualitätsvolle, städtebauliche Einheit. Auch im Neubaugebiet Bruchhäuser Weg kann man erkennen, dass bei der freistehenden Bauweise ein Nebeneinander von Wohnhäusern mit unterschiedlichen Dachformen keine Störung des Gebietscharakters verursacht. Die Verwaltung geht daher von einem Einfügen der Planung in die Umgebungsbebauung aus.

Die Anhörung der Nachbarn hat keine Einwände gegen das Vorhaben ergeben.

Beschlussvorschlag:

Das Einvernehmen zu der Bauvoranfrage zum Umbau des vorhandenen Wohnhauses in ein Einfamilien-Wohnhaus mit Anbau sowie zur Änderung der Dachform auf dem Grundstück Flst.-Nr. 3549, Lessingstr. 9, wird gemäß §§ 34, 36 BauGB erteilt.